

S t a d t H a a n

Niederschrift über die

29. Sitzung des Rates der Stadt Haan

am Dienstag, dem 28.10.2025 um 17:00 Uhr

in der Aula der städtischen Gesamtschule Haan, Walder Str. 15

Beginn:
17:00

Ende:
20:20

Vorsitz

Bürgermeisterin Dr. Bettina Warnecke

CDU-Fraktion

Stv. Prof. Dr. Edwin Bölke
Stv. Anette Braun-Kohl
Stv. Vincent Endereß
Stv. Gerd Holberg
Stv. Tobias Kaimer
Stv. Jens Lemke
Stv. Annette Leonhardt
Stv. Klaus Mentrop
Stv. Henrik Radtke
Stv. Folke Schmelcher

SPD-Fraktion

Stv. Felix Blossey
Stv. Walter Drennhaus
Stv. Jörg Dürr
Stv. Martin Haesen
Stv. Marion Klaus
Stv. Simone Kunkel-Grätz
Stv. Jens Niklaus
Stv. Bernd Stracke

WLH-Fraktion

Stv. Barbara Kamm
Stv. Meike Lukat
Stv. Tessa Lukat
Stv. Nadine Lütz
Stv. Sonja Lütz
Stv. Annegret Wahlers

bis 18:57 Uhr

GAL-Fraktion

Stv. Lucio Dröttboom
Stv. Nicola Günther
Stv. Tabea Haberpursch
AM Andreas Rehm
AM Elke Zerhusen-Elker

FDP-Fraktion

Stv. Michael Ruppert

Fraktionslose Ratsmitglieder

Stv. Harald Giebels

Stv. Monika Morwind

Stv. Ulrich Schwierzke

Schriftführung

StA Daniel Jonke

1. Beigeordnete

1. Beigeordnete Annette Herz

Techn. Dezernent

Techn. Dezernent Joachim Horst

Verwaltung

StVD'in Doris Abel

StRD'in Andrea Kotthaus

StOVR Gerhard Titzer

Personalrat

VA Carsten Butz

Gleichstellungsbeauftragte

VA Nicole Krengel

Die Vorsitzende Bgm'in Dr. Bettina Warnecke eröffnet um 17:00 Uhr die 29. Sitzung des Rates der Stadt Haan. Sie begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die Einwohner - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Sie stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung:

Bgm. Dr. Warnecke führt aus, dass die Verwaltung den Grundstückskauf im öffentlichen Teil erläutern werde.

Stv. Lukat erklärt für die WLH-Fraktion, dass es sich nicht erschließe, weshalb der Beschluss nichtöffentlich erfolge.

Sie beantragt zudem, dass der nichtöffentliche Teil, wie sonst üblich, im Anschluss an den öffentlichen Teil der Sitzung gestellt werde.

Stv. Ruppert beantragt für die FDP-Fraktion, dass der Tagesordnungspunkt zum Ankauf des Grundstückes von der Tagesordnung genommen werde. Er begründet dies damit, dass das Thema erst nach Klärung der Rathausfrage wirklich unabhängig beurteilt werden könne und zudem keine Dringlichkeit vorliege.

Bgm. Dr. Warnecke schlägt vor, zunächst über den Antrag der FDP-Fraktion abstimmen zu lassen, im Anschluss würde sie den Grundstückskauf aus Sicht der Verwaltung erläutern. Danach würde sie über den Antrag der WLH-Fraktion abstimmen lassen.

Nach allgemeiner Zustimmung zum genannten Vorgehen, lässt sie über den Antrag der FDP-Fraktion, den TOP 9 zum Grundstücksankauf von der Tagesordnung zu nehmen, abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

8 Ja / 24 Nein / 2 Enthaltungen

Der TOP 9 – Grundstücksangelegenheiten verbleibt demnach auf der Tagesordnung.

Stv. Giebels führt aus, dass aus seiner Sicht ein eindeutiges Ziel für den Ankauf fehle. Zudem sehe er in dieser Angelegenheit keine Dringlichkeit.

Stv. Stracke erläutert, dass ein Ankauf bereits seit längerem gewollt sei, da dies aus städteplanerischer Sicht durchaus Sinn mache.

Bgm'in Dr. Warnecke führt bezüglich der Verschiebung des nichtöffentlichen Teils zu Beginn der Sitzung aus, dass dies geplant worden sei, um die ausscheidenden Ratsmitglieder in angemessenen Rahmen zum Ende des öffentlichen Teils der Sitzung zu verabschieden.

Im Anschluss lässt **Bgm'in Dr. Warnecke** über den mündlichen Antrag der WLH-Fraktion abstimmen, dass mit dem öffentlichen Teil der Sitzung begonnen werde.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

9 Ja / 20 Nein / 5 Enthaltungen

Die Sitzung beginnt damit weiterhin mit dem nichtöffentlichen Teil.

Bgm'in Dr. Warnecke führt aus, dass zum Schutz der Interessen der Beteiligten, bisher keine Grundstückskäufe öffentlich behandelt worden seien. Aufgrund der Verzahnung mit dem Bürgerbegehren sei die Verwaltung jedoch gerne bereit das Ziel des Verwaltungsvorschlages zu erläutern.

Stv. Lukat verweist auf den Antrag der WLH-Fraktion vom 07.10.2025 sowie die Geschäftsordnung des Rates der Stadt Haan, welche es ermöglicht, nichtöffentliche Angelegenheiten auch öffentlich zu behandeln, sofern keine schutzwürdigen Interessen vorlägen.

Bgm'in Dr. Warnecke lässt daraufhin über den Antrag der WLH-Fraktion vom 07.10.2025, dass über den Grundstücksankauf in öffentlicher Sitzung abgestimmt wird abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

8 Ja / 20 Nein / 4 Enthaltungen / 2 nicht teilgenommen

Der Antrag der WLH-Fraktion vom 07.10.2025 wurde somit abgelehnt, der Grundstücksankauf wird weiterhin nichtöffentlich behandelt.

Bgm. Dr. Warnecke erläutert daraufhin, warum Grundstücksankäufe gem. § 48 GO NRW i.V.m. § 5 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Haan nicht-öffentlich beraten werden und verweist auf den Begriff der „schutzwürdigen Interessen“.

Dem Grundstücksankauf sei schon im Juni 2023 zugestimmt worden. Der Stadtrat habe das Grundstück für den Neubau des Rathauses erwerben wollen. Ein entsprechendes Wertgutachten liege hierzu vor.

Die Verwaltung habe den Bau- und Finanzierungsbeschluss im Dezember 2024 abgewartet und fairerweise wegen des anhaltenden Bürgerbegehrens weiterhin nicht ausgeführt.

Nicht nur die Stadt Haan sei seit mehreren Jahren am Kauf des Grundstücks interessiert. Auch der ehemalige Investor ITG, der am Windhövel einen Vollsortimenter bauen wollte, habe in Kaufverhandlungen mit der Verkäuferin gestanden, sich letztlich aber gegen die Investition und gegen den Bau des Vollsortimenters entschieden, so dass die Stadt Haan die Liegenschaft, eine große Fläche am unteren Neuen Markt erwarb.

Der **Techn. Dez. Horst** ergänzt, dass der Sinn darin bestehe, dass die Stadt Haan bereits umfangreiche Liegenschaften vor Ort habe, dieser „Dorn“ allerdings übrig geblieben sei. Aus städteplanerischer Sicht ergäben sich viele Vorteile. Zum einen sei es für die Erschließung des gesamten Areals von Vorteil, andererseits ergäben sich für die Stadt neue und bessere Möglichkeiten das Grundstück an einen Investor zu veräußern, sollte der Neubau des Rathauses dort nicht wie bisher geplant stattfinden. Zudem könne sich für das gesamte Areal eine Wertsteigerung ergeben.

Bgm'in Dr. Warnecke ergänzt zum rechtlichen Hintergrund, dass der Rat heute auch über die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens gem. § 26 Abs. 6 GO NRW entscheidet, womit auch eine Sperrwirkung einsetze. Die entsprechende Antwort der Kommunalaufsicht auf die Eingabe der Bürgerinitiative liege allen Beteiligten vor. Das Vorgehen der Stadt wurde darin nicht beanstandet.

Stv. Endereß verweist auf die Aussage des Techn. Dez. Horst bezüglich einer möglichen Wertsteigerung und fragt, ob sich diese auf die umliegenden städtischen Grundstücke auswirke.

Techn. Dez. Horst erläutert, dass sich eine Wertsteigerung der umliegenden Grundstücke ergeben könne, da durch den Erwerb des Grundstückes die umgebende Liegenschaft besser erschlossen werden könne.

Stv. Lukat erläutert, dass die WLH-Fraktion dem Grundstückskauf auch damals nicht zugestimmt habe und dies auch nun nicht beabsichtige. Es sei weder eine Dringlichkeit, noch ein entsprechendes Ziel erkennbar.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Bgm'in Dr. Warnecke** über die Tagesordnung abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen

26 Ja / 8 Nein / 0 Enthaltungen

Die Tagesordnung ist damit festgelegt.

Öffentliche Sitzung

1./ Befangenheitsmitteilungen

Protokoll:

Bgm'in Dr. Warnecke erklärt sich, sowie die Mitglieder des Aufsichtsrates der Stadtwerke Haan GmbH sowie des Verwaltungsrates der Stadt-Sparkasse Haan zu den TOPs 7 und 32 für befangen.

Weitere Befangenheitsmeldungen liegen nicht vor.

12./ Fragerecht für Einwohner_innen

Protokoll:

Es liegen keine Anfragen von Einwohner_innen vor.

13./ Bürgerbegehren vom 15.01.2025 gegen den Beschluss des Rates vom 17.12.2024 über den Neubau des Rathauses der Stadt Haan Vorlage: 32/064/2025

Protokoll:

Stv. Lukat teilt mit, dass sich die WLH-Fraktion für die Durchführung eines Bürgerentscheides ausspreche. Dies bedeute keinesfalls, dass die WLH-Fraktion das Bürgerbegehren ablehne, vielmehr gehe es darum, allen Haanerinnen und Haanern die Möglichkeit zu geben, selbst über das Anliegen der Bürgerinitiative zu entscheiden.

Stv. Rehm teilt für die GAL-Fraktion mit, dass diese sich für das Bürgerbegehren ausspreche. Es seien bereits genügend Alternativen zur Rathausplanung vorgelegt worden. Aus Sicht der GAL-Fraktion benötige es keinen Bürgerentscheid, dem Bürgerbegehren könne die GAL auch so bereits folgen.

Stv. Stracke führt aus, dass die SPD-Fraktion dem Begehren nicht zustimmen werde, damit es zu einem Bürgerentscheid komme. Es seien zwar 3.200 Unterschriften gesammelt worden, jedoch gäbe es im Vergleich dazu insgesamt ca. 24.000 Wahlberechtigte in Haan. Demnach sei ein Großteil der Wahlberechtigten bisher nicht beteiligt worden, daher spreche sich die SPD-Fraktion für die Durchführung eines Bürgerentscheides aus, so dass alle Wahlberechtigten die Möglichkeit bekommen über das Anliegen der Bürgerinitiative abzustimmen. Er plädiert weiterhin für die Durchführung eines Tages der offenen Tür in den Gebäuden der Stadtverwaltung, so dass sich alle Haanerinnen und Haaner ein Bild der aktuellen Situation machen können.

Stv. Ruppert erläutert, dass sich die FDP-Fraktion ebenfalls für das Bürgerbegehren ausspreche. Er führt aus, dass es bei dem Begehren nicht darum gehe, ob Neubau oder nicht, sondern um die konkret vorgelegte Planung sowie die damit verbundenen Kosten. Dass ein Neubau notwendig sei, bestreite niemand. Aus Sicht der FDP-Fraktion hätte, insbesondere aufgrund der Kosten, das Vorhaben bereits früher beendet werden müssen.

Stv. Giebels spricht sich ebenfalls für das Bürgerbegehren aus. Die Kosten des derzeitigen Projektes seien nicht mehr zu vertreten, daher dürfe es kein „weiter so“ geben. Er bedankt sich bei der Bürgerinitiative für das Begehren und deren Arbeit hierzu.

Stv. Lemke erklärt für die CDU-Fraktion, dass diese es für richtig halte, sich gegen das Bürgerbegehren auszusprechen und damit der Durchführung eines Bürgerentscheides zuzustimmen. Somit können alle Haanerinnen und Haaner selbst über das Projekt entscheiden. Er betont jedoch nochmal, dass ein Neubau aus wirtschaftlicher Sicht sinnvoll sei. Es sei bereits zu viel Geld in die Instandhaltung der alten Liegenschaften und Gebäude der Stadtverwaltung gesteckt worden. Bezüglich der derzeitigen Planung gebe er nochmals zu bedenken, dass durch diese viele derzeitigen Standorte der Stadtverwaltung freigezogen und veräußert werden könnten. Ebenso der Standort der VHS an der Dieker Str. Dies müsse in die Überlegungen mit einbezogen werden.

Bgm'in Dr. Warnecke unterbricht von 18:37 Uhr bis 18:39 Uhr die Sitzung, um den Vertretern der Bürgerinitiative Gelegenheit zu geben sich nochmal zu ihrem Begehren zu äußern.

Im Anschluss stellt **Stv. Giebels** heraus, dass es nicht notwendig sei, die gesamte Stadtverwaltung an einem Ort zu konzentrieren. Ebenso würden die aktuellen Raumprobleme auch mit den vorhandenen zwei Baukörpern nicht gelöst.

Stv. Lukat verweist darauf, dass die Standortentscheidung damals einstimmig vom Rat beschlossen wurde, eben weil die gesamte Verwaltung an einem Ort konzentriert werden sollte. Auch die Durchführung des Architektenwettbewerbes wurde vom Rat einstimmig beschlossen. Die WLH-Fraktion habe sich lediglich aufgrund der zu hohen Kosten im Dezember 2024 gegen das Projekt ausgesprochen.

Stv. Stracke bedauert, dass seitens der Bürgerinitiative keine Alternativvorschläge zur derzeitigen Planung gemacht worden seien.

Bgm'in Dr. Warnecke teilt mit, dass sie es ebenfalls richtig finde, die Haanerinnen und Haaner selbst entscheiden zu lassen. Auch sie spreche sich daher für die Durchführung eines Bürgerentscheides aus.

Beschluss:

1. Der Rat stellt fest, dass das Bürgerbegehren der Bürgerinitiative „Stopp des Mega-Schuldenprojektes Rathausneubau Haan“ das gem. § 26 Abs. 4 GO NRW erforderliche Quorum erreicht hat und das Bürgerbegehren mithin zulässig ist.
2. a) Der Rat beschließt, dem Bürgerbegehren zu entsprechen (Sachentscheidung nach § 26 Abs. 6 Satz 4 GO NRW).
3. Der Rat bestimmt, den Bürgerentscheid am Sonntag, den 25. Januar 2025 mit der Fragestellung „Soll der unter Top 3 der Ratssitzung gefasste Beschluss des Rates der Stadt Haan vom 17.12.2024 zur freigegebenen Entwurfsplanung für den Neubau des Rathauses der Stadt Haan mit Räumen der VHS und dem Stadtarchiv am unteren Neuen Markt mit der Zuwegung und Erschließung über den Windhövel, aufgehoben werden?“ durchzuführen.
4. Der Rat beschließt, bereits jetzt die Mittelbereitstellung der für die Durchführung des Bürgerentscheids voraussichtlich benötigten Haushaltsmittel in Höhe von 25.000,- Euro.

Abstimmungsergebnisse:

zu 1.

einstimmig beschlossen

zu 2a.

mehrheitlich abgelehnt

8 Ja / 20 Nein / 6 Enthaltungen

zu 3.

einstimmig beschlossen

zu 4.

einstimmig beschlossen

14./ Antrag der CDU-Fraktion vom 10.03.2025 "Erstattung von Elternbeiträgen bei Betreuungsausfall in der Kita"
Vorlage: II/074/2025

Protokoll:

1. Bgo. Herz führt aus, dass der Beschluss, so wie im JHA und HFA gefasst, für die Verwaltung nicht umsetzbar sei. Anfang Oktober sei ein Eckpunktepapier zur Novellierung des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) veröffentlicht worden. Die Verwaltung plädiere daher dafür, dass sich Zeit genommen werde, um die Neuerungen des Gesetzes zu eruieren und anschließend zu schauen, was im Sinne des Antrages umgesetzt werden könne.

Sie schlage daher vor, den Beschluss in die nächste Ratsperiode zu verweisen, bis die Verwaltung sie entsprechenden Gesetzesänderungen aufgearbeitet habe.

Stv. Endereß erläutert, dass die Sitzung des HFA am 09.10.2025 stattgefunden habe, das Eckpunktepapier jedoch erst am 10.10.2025 herausgebracht wurde. Für die bisherigen Beratungen konnte dieses demnach nicht berücksichtigt werden. Er beantrage daher, bis zum Referentenentwurf etwas Greifbares seitens der Verwaltung vorgelegt zu bekommen.

Stv. Stracke erklärt, dass es immer schwierig sei, wenn die Beschlussfassung zu Lasten Dritter gehe. Die SPD-Fraktion könne sich einer Vertagung der Sache anschließen, allerdings seien durch den vorgelegten Antrag auch bereits Erwartungen bei den Eltern geweckt worden. Es gelte jetzt, diese Erwartungen nicht zu enttäuschen. Es sei daher wichtig, dass der neue Rat dieses Thema erneut und frühzeitig wieder aufgreife.

Stv. Ruppert teilt für die FDP-Fraktion mit, dass diese sich einer Vertagung der Sache ebenfalls anschließen könne.

Stv. Rehm frage sich, weshalb der Sachverhalt vertagt werden müsse. Mit der Novellierung des KiBiz würden die beschlossenen Ziffern obsolet, da diese auf der veralteten Version basieren würden. Er richtet daher die Bitte an die CDU-Fraktion, dass diese den Antrag zurückziehe.

Stv. Lukat verweist darauf, dass sich der eigentliche Antrag der CDU-Fraktion nur noch auf Ziffer 4 des Beschlussvorschlages beziehe.

Stv. Endereß ergänzt, dass Ziffer 1 bis 3 des Beschlussvorschlages bereits abschließend im Jugendhilfeausschuss beschlossen worden seien. Zu Ziffer 4 stimme er im Namen der CDU-Fraktion ebenfalls einer Vertagung zu.

Beschluss:

Ziffer 1 bis 3 des Beschlussvorschlages wurden bereits abschließend in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 23.09.2025 beschlossen.

Ziffer 4 des Beschlussvorschlages wird bis zur Novellierung des Kinderbildungsgesetzes NRW (KiBiz) vertagt. Die Verwaltung wird beauftragt diese Neuregelungen der Novellierung zu eruieren und den Sachverhalt anhand einer entsprechenden Vorlage wieder in die politischen Beratungen einzubringen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**15./ Kinderfreundliche Kommune
Vorlage: II/075/2025**

Protokoll:

Stv. Lukat teilt für die WLH-Fraktion mit, dass diese sich dem Vorschlag der Verwaltung anschließe.

Stv. Haesen führt aus, dass einige Maßnahmen noch umzusetzen seien, jedoch wolle man das Gremium von außen behalten um auch das Siegel als kinderfreundliche Kommune nicht zu verlieren. Zudem gebe es hierdurch immer gute Anregungen in diesem Bereich besser zu werden.

Beschluss:

Alternative 1: Die Stadt Haan verlängert den Vertrag mit dem Verein 6 Kinderfreundliche Kommune e.V. bis zum Ende des Umsetzungszeitraumes (Ende 2027).

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen
26 Ja / 7 Nein / 0 Enthaltungen

16./ Satzung Kindertagespflege Vorlage: 51/122/2025

Beschluss:

Der Rat der Stadt Haan beschließt die Neufassung der Satzung der Stadt Haan über die Förderung von Kindern in der Kindertagespflege, welche dieser Vorlage als Anlage 2 beigefügt ist.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

17./ Hilfe in Notsituationen Vorlage: 51/124/2025

Beschluss:

Der Rat der Stadt Haan beschließt die Umsetzung des § 20 SGB VIII in Kooperation mit der Erziehungsberatungsstelle Hilden/Haan.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

18./ Finanzierung niederschwelliger Angebote der Psychologischen Beratungsstelle (PB) in den Familienzentren Vorlage: 51/125/2025

Beschluss:

Die Stadt Haan kompensiert den fehlenden Finanzierungsbeitrag des Landes für niederschwellige Angebote der Psychologischen Beratungsstelle aus ihrem Budget der städtischen Familienzentren und klärt mit der katholischen Kirche/der Graf-Recke-Stiftung eine Beteiligung daran.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**19./ Vereinbarung zur Haftmittelnutzung in der Sporthalle Adlerstraße
Vorlage: II/076/2025**

Beschluss:

Alternative 2: Der Rat stimmt der Vereinbarung „Haftmittelnutzung in der städtischen Sporthalle Adlerstraße“ mit der DJK Unitas Haan e.V. laut Anlage mit einer Kostenbeteiligung in Höhe von je 264 € brutto je Sonderreinigung zu.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen
22 Ja / 10 Nein / 1 Enthaltung

**20./ Sichtschutz im Haaner Hallenbad zum Schutz der Privatsphäre und
zur Stärkung des Kinderschutzes
hier: Antrag der GAL-Fraktion vom 23.09.2025
Antrag: ANT/005/2025**

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, zum Beschlussvorschlag der GAL-Fraktion in ihrem Antrag vom 23.09.2025 unter Einbeziehung der Stadtwerke Haan GmbH eine entsprechende Vorlage zu entwickeln und diese in die politischen Beratungen einzubringen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**21./ Bezahlkarte für Geflüchtete
Vorlage: 50/064/2025**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Haan beschließt die Einführung der Bezahlkarte für Geflüchtete in Haan. Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Schritte zur zeitnahen Umsetzung einzuleiten und gegenüber der Bezirksregierung Düsseldorf die Bereitschaft der Stadt Haan zur Teilnahme an der Einführung der Bezahlkarte zu erklären. Im Haushaltsjahr 2025 werden für den Betrieb des Bezahlkartensystems 4.000 € überplanmäßig bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen

20 Ja / 12 Nein / 0 Enthaltungen / 1 nicht teilgenommen

**22./ Örtliche Pflegeplanung
Vorlage: 50/067/2025**

Beschluss:

1. Der Rat nimmt den Bericht der örtlichen Pflegeplanung für den Kreis Mettmann 2025 für den Bereich der Stadt Haan zur Kenntnis.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der kommunalen Einflussmöglichkeiten entspricht der im Fazit dargestellten Maßnahmen dezernatsübergreifend zur Sicherung einer bedarfsgerechten Pflegeinfrastruktur beizutragen und hierzu regelmäßig einmal jährlich im SIGA zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

23./ Tätigkeitsbericht des Seniorenbeirates der Stadt Haan (2020 - 2025)

Beschluss:

Der Rat der Stadt Haan nimmt den Tätigkeitsbericht des Senior(inn)enbeirates der Stadt Haan zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

24./ Seniorengerechte Quartiersentwicklung
Vorlage: 50/068/2025

Beschluss:

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

25./ Wahl einer Schiedsperson für den Schiedsamsbezirk III Nord/Gruiten
Vorlage: 32/065/2025

Protokoll:

Stv. Niklaus regt an, dass im Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten zukünftig ein allgemeiner Bericht über die Arbeit der Schiedspersonen sinnvoll sei.

Beschluss:

Herr Dirk Posthum, Breitestraße 8, 42781 Haan, wird für eine weitere Amtsperiode zur Schiedsperson für den Schiedsamsbezirk III (Nord/Gruiten) der Stadt Haan gewählt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**26./ Konzept zur nachhaltigen Klimaanpassung und für natürlichen
Klimaschutz für die Stadt Haan**
**- hier: Vorstellung des weiteren Verfahrens im Fördervorhaben (ANK-DAS-
A.1)**
Vorlage: KUM/023/2025

Beschluss:

Die Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

zur Kenntnis genommen

**27./ Erstellung einer Wasserstoffstrategie für den Kreis Mettmann
Vorlage: KUM/024/2025**

Protokoll:

Stv. Lukat führt aus, dass es wichtig sei, die Bürgerinnen und Bürger Haans frühzeitig bei entsprechenden Planungen mitzunehmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Haan stimmt zu, dass der Kreis Mettmann die koordinierende Rolle bei der Entwicklung einer regionalen Wasserstoffstrategie gemäß Kreisvorlage (siehe Anlage) übernimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**28./ Umgestaltung und städtebauliche Aufwertung des Gruitener
Bahnhofsumfelds und des Thunbuschparks
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 03.09.2025
Antrag: ANT/004/2025**

Protokoll:

Stv. Leonhardt erläutert den Antrag der CDU-Fraktion vom 03.09.2025.

Techn. Dez. Horst teilt mit, dass die Verwaltung hier ebenfalls die Aufgabe gesehen habe hier konzeptionell tätig zu werden. Aus Sicht der Verwaltung spreche daher nichts gegen den Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion. Die Frage, die er sich jedoch stelle, ob es, wie im Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion aufgeführt, unbedingt ein freiraumplanerischer Wettbewerb sein müsse, oder ob es nicht auch ein konkurrierender Wettbewerb sein könne.

Stv. Niklaus beantragt den Sachverhalt in den dafür zuständigen Fachausschuss zu verweisen, um diesen dort zu beraten. Er weist darauf hin, dass die Deutsche Bahn ihre entsprechenden Planungen sicherlich nicht anpassen werde.

Stv. Endereß erläutert hierzu, dass die CDU-Fraktion ohnehin davon ausgegangen sei, dass die Verwaltung hierzu eine entsprechende Vorlage erstellen und im Fachausschuss vorstellen werde.

Stv. Rehm begrüßt die Beratung im Fachausschuss.

Stv. Lukat stimmt ebenfalls einer Beratung im Fachausschuss zu. Sie verweist darauf, dass der Grünschnitt auch mitberücksichtigt werden solle.

Techn. Dez. Horst führt aus, dass die Verwaltung entsprechende Unterlagen zur Verfügung stellen werde, er teilt jedoch auch mit, dass die Verwaltung bisher jedoch nicht einmal formal seitens der Deutschen Bahn bei den Planungen beteiligt worden sei.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, in Abstimmung mit der DB Station&Service AG und des VRR, Planungen für eine Umgestaltung des Umfelds des Gruitener Bahnhofs nach Durchführung der MOF-3 Baumaßnahmen zu erstellen und den zuständigen Fachausschüssen zur Beratung vorzulegen. In die Planungen soll neben der Fläche des aktuellen Park & Ride Parkplatzes auch der Thunbuschpark und die Verbindung zum Nahversorgungsbereich einbezogen werden und eine gezielte städtebauliche Aufwertung erfahren. Für die geplanten Maßnahmen werden Fördermittel gesucht. In Form eines freiraumplanerischen Wettbewerbs sollen Ideen gesammelt und präsentiert werden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**29./ Änderung der Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für
Sondernutzungen an öffentlichen Straßen - Sondernutzungssatzung -
Vorlage: 32/055/2025**

Beschluss:

Die Änderungssatzung wird in der Fassung der Anlage 1 beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**30./ Gebührenordnung für städtische Parkscheinautomaten im Stadtgebiet
Haan
Vorlage: 32/058/2025**

Protokoll:

Stv. Dürr verweist auf einen bisher vorhandenen Behindertenparkplatz und möchte wissen, ob dieser auch zukünftig dort bestehen bleibe.

Bgm. Dr. Warnecke führt hierzu aus, dass die Verwaltung dies derzeit noch nicht sagen könne.

Stv. Endereß teilt mit, dass er sich bei der Abstimmung enthalten werde, da auf den Flurstückkarten nicht genau erkennbar sei, ob die eingezeichnete Fläche im Bereich der Martin-Luther-Str. weiterhin in der Parkraumbewirtschaftung der Stadt Haan ist oder nicht. Er werde sich daher bei der Abstimmung enthalten.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die als Anlage 1 beigefügte Parkscheingebührenordnung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen
32 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

**31./ Jahresüberschuss der Stadt-Sparkasse Haan aus dem Geschäftsjahr 2024
Vorlage: 20/165/2025**

Beschluss:

Gemäß § 25 SpkG i.V.m. § 8 Abs. 2 Buchstabe g) SpkG wird auf den ausschüttungsfähigen Gewinn der Stadt-Sparkasse Haan aus dem Geschäftsjahr 2024 in Höhe von 452.441,91 € verzichtet.

Gem. § 25 Abs. 1 Buchstabe c) SpkG ist der volle Bilanzgewinn in Höhe von 452.441,91 € der Sicherheitsrücklage zuzuführen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen
25 Ja / 7 Nein / 1 Enthaltung

**32./ Entlastung der Sparkassenorgane der Stadt-Sparkasse Haan für das
Geschäftsjahr 2024
Vorlage: 20/164/2025**

Beschluss:

Dem Verwaltungsrat und dem Vorstand der Stadt-Sparkasse Haan wird für das Geschäftsjahr 2024 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen
22 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen / 11 befangen

Bgm'in Dr. Warnecke sowie die ordentlichen und stellvertretenden Mitglieder des Verwaltungsrates der Stadt-Sparkasse Haan (Rheinl.) haben aufgrund ihrer Befangenheit an der Beratung und Beschlussfassung nicht teilgenommen.

**33./ Verpackungssteuer
hier: gemeinsamer Antrag der SPD und GAL vom 27.03.2025
Vorlage: 20/152/2025/1**

Protokoll:

Stv. Blossey verweist darauf, dass die Deutsche Umwelthilfe eine Erhebung herausgebracht habe, dass es in Konstanz seit der Einführung einer Verpackungssteuer bis zu 14 % weniger Abfall gegeben habe. Dies zeige, dass eine Verpackungssteuer eine Lenkungswirkung erzielen könne.

Stv. Lukat führt aus, dass es in Nordrhein-Westfalen noch keine Kommune gäbe, welche eine Verpackungssteuer eingeführt habe. Die Kämmerei habe dargelegt, dass sie personell nicht in der Lage sei, entsprechende Arbeiten diesbezüglich zu leisten. Die Stadt Köln habe sich ebenfalls mit der Thematik beschäftigt, jedoch festgestellt, dass noch viele Fragen offen seien und daher eine geplante Einführung vorerst gestoppt habe. Dies sei auch der Grund, weshalb die WLH-Fraktion darum gebeten habe, den Antrag zunächst zurückzustellen, um abzuwarten bis größere Städte wie bspw. die Stadt Köln eine genehmigte Verpackungssteuer eingeführt haben.

Stv. Ruppert erläutert, dass eine sinnvolle Verpackungssteuer nur eine sein könne, welche seitens des Bundes oder Landes käme, da dies auch den entsprechenden Verwaltungsaufwand vermindern könne.

Stv. Blossey teilt mit, dass das Bundesverfassungsgericht beschlossen habe, dass es rechtmäßig sei, eine solche Steuer mit lokalem Bezug auch auf kommunaler Ebene einzuführen. Allerdings müsse diese durch das entsprechende Ministerium genehmigt werden.

Stv. Rehm verweist darauf, dass die Thematik bereits umfassend diskutiert worden sei. Die GAL-Fraktion halte es daher für richtig, eine solche Steuer auszuarbeiten und entsprechend einzuführen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Haan beschließt, eine Verpackungssteuersatzung gem. Vorlage der Verwaltung zu erlassen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt
14 Ja / 18 Nein / 1 Enthaltung

**34./ Gesetz zur anteiligen Entschuldung von Kommunen im Land NRW
(Altschuldenentlastungsgesetz Nordrhein-Westfalen - ASEG NRW)
Vorlage: 20/161/2025**

Beschluss:

Zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**35./ Bericht über die finanzielle Lage zum 30.09.2025
Vorlage: 20/166/2025**

Beschluss:

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

36./ Neubesetzung von Ausschüssen

Protokoll:

Es liegen keine Anträge vor.

37./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Bgm. Dr. Warnecke verweist auf die vorliegenden Anfragen, welche alle schriftlich durch die Verwaltung beantwortet worden seien (*siehe Ratsinfosystem – TOP 37*).

Weitere Anfragen liegen nicht vor.

38./ Mitteilungen

Protokoll:

Stv. Endereß teilt als designierter Bürgermeister der Stadt Haan mit, dass die Einbringung des Haushaltes für das Jahr 2026, Anfang Februar 2026 erfolgen werde. Bezüglich der geplanten Sitzungstermine für das Jahr 2026 werde in der konstituierenden Sitzung des Rates am 04.11.2025 eine entsprechende Mitteilung erfolgen und der Sitzungskalender allen Mitgliedern des Rates zugesendet.

Weitere Mitteilungen liegen nicht vor.

39./ Verabschiedung von Stadtverordneten

Protokoll:

Bgm'in Dr. Warnecke verabschiedet die ausscheidenden Mitglieder des Rates und bedankt sich für die zum Teil Jahrzehntelange Arbeit in den politischen Gremien und den individuellen Einsatz für die Bürgerinnen und Bürger in Haan.

Da sie selbst ab November 2025 nicht mehr das Amt der Bürgermeisterin der Stadt Haan bekleiden werde, bedankt sie sich auch bei den übrigen Mitgliedern des Rates für die konstruktive Zusammenarbeit im Sinne aller Haaner Bürgerinnen und Bürger. Auch bei den anwesenden Mitarbeitenden der Stadtverwaltung bedankt sie sich für deren Arbeit, Einsatz und die stets tatkräftige Unterstützung.

(Im Original gezeichnet)

Dr. Bettina Warnecke
(Bürgermeisterin)

(Im Original gezeichnet)

Daniel Jonke
(Schriftführer)